

Straubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 86

Reinert, Damian – Mittwoch, 15. April 2015 – Karolina Fliedner

1,40 € / B 6527 A

LOKALES

Laufend Betrugsfälle: Polizeiinspektion gibt Tipps für Ebay-Käufer

REGIONALES

Serien-Autoaufbrecher in Weiden auf frischer Tat von Polizei ertappt

BAYERN

Prozess um brutalen Mord beginnt: Angeklagter schweigt

WIRTSCHAFT

IWF erwartet für Euro-Zone langfristig schwache Konjunktur

SPORT

Mit Teamgeist wollen die Bayern die Hürde in Porto nehmen

Verfassungsrichter haben Zweifel am Betreuungsgeld

Karlsruhe verhandelt Klage Hamburgs gegen hoch umstrittene Prämie – Viele grundrechtliche Fragen

Karlsruhe. (dpa) Das Bundesverfassungsgericht zweifelt an der Rechtmäßigkeit des hoch umstrittenen Betreuungsgeldes. Das wurde in der mündlichen Verhandlung des Gerichts gestern in Karlsruhe deutlich. Demnach sind die Richter vor allem skeptisch, ob der Bund überhaupt zuständig für die Einführung der Familienleistung war.

Das Gericht überprüft das Betreuungsgeld, weil Hamburg Klage gegen die Familienleistung eingeleitet hat. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die 2013 auf Betreiben der CSU eingeführte Prämie von monatlich 150 Euro für Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen statt sie in die Kita zu geben, mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

In der mehrstündigen mündlichen Verhandlung in Karlsruhe verteidigten Vertreter der Bundesregierung und Bayerns das Betreuungsgeld, Hamburg als Kläger hält es hingegen aus mehreren Gründen für verfassungswidrig. Das Urteil des höchsten deutschen Gerichts wird noch in diesem Jahr erwartet.

Das Betreuungsgeld verstoße nicht gegen das Grundgesetz, betonte Staatssekretär Ralf Kleindiek (SPD) für das Bundesfamilienministerium. Es sei notwendig zur Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in Deutschland und falle in ein Gesamtkonzept des Bundes zur Förderung von Familien.

Hamburg hielt dagegen: Die Prämie konterkariere die Bemühungen des Landes, möglichst vielen Kindern frühkindliche Bildung zukom-

men zu lassen, sagte Familiensenator Detlef Scheele (SPD). „Wir werben mit dem Besuch in einer Kindertagesstätte, und die Bundesregierung wirbt mit dem Betreuungsgeld dafür, gerade dies nicht zu tun.“ Nur frühe Bildung biete die Chance auf Teilhabe. Dies sei besonders für Kinder bildungsferner Familien und mit Migrationshintergrund wichtig.

Das Betreuungsgeld sei nicht nur Anerkennung für häusliche Betreuung der Kinder, sagte demgegenüber die bayerische Familienministerin Emilia Müller. „Es gibt Eltern mehr Wahlfreiheit zur Gestaltung ihres Familienlebens.“ Bundesweit nähmen es mittlerweile rund 400.000 Eltern in Anspruch, betonte die CSU-Politikerin.

„Das Betreuungsgeld wirft etliche staatsorganisationsrechtliche und grundrechtliche Fragen auf“, sagte Gerichts-Vizepräsident Ferdinand Kirchhof. So müsse unter anderem geklärt werden, ob der Bund im konkreten Fall die Gesetzgebungskompetenz gehabt habe.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter betonte: „Das Betreuungsgeld geht an der Familienform der Alleinerziehenden vorbei und stellt eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung dar“, sagte Edith Schwab vom Verband. Alleinerziehende arbeiteten entweder und seien dann auf öffentlich geförderte Kindertageseinrichtungen angewiesen, oder sie bekämen Sozialleistungen wie Hartz IV, auf die das Betreuungsgeld dann angerechnet werde. *Seite 7/Kommentar Seite 2*

17-jähriger Junge ersticht Mitschüler

Hamburg. (dpa) Vor den Augen entsetzter Mitschüler hat ein Junge in einer Hamburger Schule einen 17-jährigen Jugendlichen im Klassenzimmer erstochen. Das Opfer sei noch am Tatort seinen Verletzungen erlegen, teilte die Polizei gestern mit. Nach ersten Ermittlungen habe der ebenfalls 17 Jahre alte Tatverdächtige gezielt gehandelt. Der mutmaßliche Angreifer sei festgenommen, die Tatwaffe sichergestellt worden. Eine Schülerin erlitt einen Schock und wurde ins Krankenhaus gebracht. *Seite 3*

G7-Gipfel im Zeichen des Ukraine-Konflikts

Außenminister beraten in Lübeck – Kiew schlägt Separatisten Plan für Waffenabzug vor

Lübeck/Kiew. (dpa) Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen hat gestern in Lübeck das erste große Treffen der deutschen G7-Präsidentschaft begonnen. Die Außenminister der großen sieben Industrienationen (G7) bereiten in der Hansestadt den Gipfel der Staats- und Regierungschefs vor, der im Juni auf Schloss Elmau in Bayern stattfindet. Wichtigste Themen sind noch bis heute der Konflikt in der Ukraine sowie die Atomverhandlungen mit dem Iran.

Zum Schutz vor Krawallen ist die Polizei mit mehr als 3500 Beamten im Einsatz. Die ersten Kundgebungen von G7-Gegnern mit etwa 1800 Teilnehmern verließen völlig friedlich, am Abend kam es zu kleineren Zusammenstößen. Mitte März hatte

es bei der Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank (EZB) schwere Krawalle gegeben. Deshalb ist die Sorge groß, dass militante Gruppen die G7-Treffen für Ausschreitungen nutzen wollen. Der Vorsitz in der G7 (USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland) wechselt jedes Jahr. Deutschland ist noch bis Ende Dezember an der Reihe. Russland wurde wegen der Annexion der Krim ausgeschlossen.

Gastgeber Frank-Walter Steinmeier (SPD) machte eine Rückkehr Moskaus in die Gruppe von einer Lösung des Ukraine-Konflikts abhängig. Russland werde eigentlich „ganz dringend“ gebraucht, um internationale Konflikte wie in Syrien oder mit dem Iran zu regeln, sagte

der Bundesaußenminister. „Ich habe überhaupt kein Interesse an einer dauerhaften Isolierung Russlands.“ Moskau müsse aber auch selbst an den „Bedingungen“ für eine Rückkehr arbeiten. „Will sagen: helfen, dass der Ukraine-Konflikt einer Lösung näherkommt.“

Zum Abschluss des G7-Treffens wird heute ein Appell an die Konfliktparteien in der Ostukraine erwartet, die Friedensvereinbarungen von Minsk in vollem Umfang einzuhalten. Allerdings verläuft der Friedensprozess schleppend. Die Aufständischen seien wenig konstruktiv gewesen, sagte gestern die ukrainische Sprecherin Darija Olfir nach einer Videokonferenz der Kontaktgruppe. Die Führung in Kiew hatte den prorussischen Separatis-

ten im Donbass einen Plan für den weiteren Waffenabzug vorgeschlagen. Zudem könnten dauerhafte Beobachtungspunkte im Frontgebiet eingerichtet werden, um die brüchige Waffenruhe zu überwachen, teilte Olfir mit. Die Separatisten warfen den Regierungsvertretern vor, nicht wie im Friedensplan vorgesehen Arbeitsgruppen zu bilden.

Nach neuerlichen heftigen Gefechten in der Ostukraine mit mehreren Toten hatten die Außenminister der Ukraine, Russlands, Frankreichs und Deutschlands bei einem Treffen in Berlin in der Nacht zum Dienstag ein Ende der Kämpfe im Donbass gefordert. In einer Erklärung riefen sie zu dringenden Schritten für den Friedensprozess in der Ostukraine auf. *Seite 6*



VOR DER VOLLENDUNG: Geschichtlich und architektonisch hat Regensburg mit dem Dom und der Steinernen Brücke bereits einiges zu bieten. Dass das neue Fußballstadion an der Autobahn A3 zu einem weiteren Aushängeschild der Stadt werden soll, betonte, im Hinblick auf die offizielle Eröffnung am 10. Juli, Oberbürgermeister Joachim Wolbergs (SPD) gestern bei einer Informationsveranstaltung. Der Bau der Continental-Arena wird dann 17 Monate gedauert und gut 52 Millionen Euro gekostet haben. *Regionales*

Im Internet selbst Deutsch lernen

Freiwilligenzentrum fördert den Sprachunterricht nach dem „Tölzer Modell“

Oberalteich. (lal) Mit dem „Tölzer Modell“ können Asylbewerber im Kreis Straubing-Bogen Deutschkurse im Internet absolvieren und dabei sogar die offiziellen Sprachprüfungen ablegen. Interessierte Asylbewerber treffen sich derzeit wöchentlich in den Räumen der Vhs-Geschäftsstelle Oberalteich und installieren unter Anleitung des ehrenamtlichen Lehrers Peter Loster die kostenlose Lernplattform.

Hintergrund des Angebots ist die gesetzliche Regelung, nach der Asylbewerber, die sich in einem laufenden Verfahren befinden, keinen Anspruch auf einen Deutschkurs haben. Ehrenamtlich organisierte Sprachkurse und jetzt der internetbasierte Sprachkurs nach dem „Tölzer Modell“ wollen diese Lücke schließen. Computeraffine Asylbewerber wie der 25-jährige Mustafa sollen dabei dazu animiert werden, ihr Wissen in den Unterkünften an andere Bewohner weiterzugeben.



Lehrer Peter Loster (hinten) hilft seinen Schülern dabei, die Lernplattform zu installieren. Der 25-jährige Mustafa (stehend) unterstützt ihn dabei. (Foto: lal)

Für Peter Preller vom verantwortlichen Freiwilligenzentrum Straubing ist es eine gesellschaftliche Verpflichtung, den Asylbewerbern ein guter Gastgeber zu sein und ih-

nen Bildungsmöglichkeiten zu bieten. Seinen Vorstellungen zufolge sollen die Kurse auf den gesamten Landkreis und auch auf die Stadt Straubing ausgeweitet werden.